

Es befriedigt den Betrachter zutiefst, daß die Politik der Angst, die gezielt von der PDS (ehedem SED) mit dem Ziel geschürt wurde, CDU und Liberale als soziale Destabilisatoren darzustellen, nicht auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Auch die schamlosesten Versuche, die in den Unterstellungen gipfelten, die bürgerlichen Parteien wollten Krippenplätze, Kindergärten und Renten dezimieren, vermochten offensichtlich nicht, den Wähler in seiner Grundsatzentscheidung wesentlich zu beeinflussen.

Im Vorfeld der Wahlen hatten sich wiederholt die Vertreter von Ärztenverbänden der DDR, wie auch bürgerliche Politiker, zu strukturellen Veränderungen im Gesundheitswesen geäußert und dabei die Ziele herausgestellt. Dies hat ganz eindeutig bewirkt, daß es in weiten Kreisen von Mitarbeitern des Gesundheits- und Sozialwesens grobe Vorstellungen gibt, wie es künftig weiter gehen wird. Dabei ist es ein großer Fortschritt gegenüber anderen Tätigkeitsbereichen in der Gesellschaft, daß

DDR-Wahl

Zum westlichen Bruder

gerade Ärzte in den Wochen des revolutionären sächsischen Oktobers die Mängel in der eigenen Arbeit mit Deutlichkeit und Mut aufzeigten. Dabei wurde zugleich dargestellt, daß nur radikale Änderungen den Verfallsprozeß aufhalten können:

- die vollkommene strukturelle Änderung des ambulanten Gesundheitswesens mit der Entwicklung kassenärztlicher Tätigkeit in eigenen Niederlassungen, Praxisgemeinschaften und Gemeinschaftspraxen,

- die Leitungsstruktur im Gesundheitswesen insgesamt,

- die völlige Beseitigung der Grundsätze „sozialistischer Kaderpolitik“,

- die weitgehende Neugliederung des Rettungswesens in der DDR unter Beachtung föderalistischer Prinzipien.

Die Wahl wurde offenbar im Süden der DDR, also in Sachsen und Thüringen, entschieden. Das sensationelle Ergebnis der CDU war nicht erwartet worden; die SPD selbst war sich wohl eines sicheren Erfolges gewiß. Anders können wohl auch nicht die Auslassungen führender SPD-Politiker (Ost) gegenüber den „alten Blockparteien“ gewertet werden, mit denen sie immer wieder auf die „Altlasten“ hinwies.

Und damit gibt es eine verblüffende Parallele zu den Gründungswehen der Ärztenverbände in der DDR. Auch der Virchowbund hatte sich in Berlin Gedanken für die ganze DDR gemacht, ohne die Besonderheiten im Süden berücksichtigt zu haben. Die Sachsen gingen dann ihren eigenen Weg und wiesen ihre Marschrichtung – und die geht gen Westen. Die sächsischen und die thüringischen Wähler trafen eine ähnliche Entscheidung: keine Eigenständigkeit, sondern den schnellsten Weg zum westlichen Bruder.

Michael Burgkhardt, Leipzig

Gönnt man jemandem eine „schöpferische Pause“, so meint man damit, daß dieser Jemand Mist gebaut habe und sich eine Zeitlang in Untätigkeit erholen solle. Und genau das ist die Meinung des Ministerialdirektors Karl Jung über den von seinem Ministerium berufenen Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen. Der Sachverständigenrat habe sich ausgeschrieben, sei ausgewertet, polterte Jung, dem das jüngst vorgelegte Jahresgutachten der Sachverständigen offenbar so wenig in seinen Kram paßt, daß er schon dessen Präsentation verhindern wollte.

Vor Tische klang es anders: Derselbe Ministerialbeamte hatte noch am 8. Februar 1990 amtlich trocken den Mitgliedern der Konzertierte Aktion mitgeteilt, daß die jetzigen Mitglieder des

Blüms Ministerium

Pause für den Sachverstand?

Sachverständigenrates bereit seien, eine Wiederberufung zu akzeptieren, und er hatte angefragt, welche personellen Vorstellungen die Organisationen hätten. Die Bundesärztekammer hat ihm daraufhin in Abstimmung mit der Kassenärztlichen Bundesvereinigung am 28. Februar mitgeteilt, daß beide Organisationen der Wiederberufung der jetzigen Mitglieder des Sachverständigenrates für zwei weitere Jahre zustimmen.

Überrascht, wenn nicht schockiert, waren dann aber viele Teilnehmer der Sitzung des

Vorbereitenden Ausschusses der Konzertierte Aktion am 8. März, als Jung seine Ansicht kundtat, daß von einer Wiederberufung der Sachverständigen zum gegenwärtigen Zeitpunkt abgesehen werden sollte! Und das, obgleich dringender Gutachtenbedarf insbesondere auch vor dem Hintergrund der zukünftigen Entwicklung des Gesundheitswesens in der DDR mit ihren allen Sachverstand herausfordernden Problemen, aber auch hinsichtlich eines Gesamtkonzeptes zur Absicherung des Pflegerisikos besteht.

Dr. Karsten Vilmar hat bei Bundesarbeitsminister Dr. Norbert Blüm eine Wiederberufung des Sachverständigenrates angemahnt. Dessen Amtsperiode läuft übermorgen, zum 31. März, aus. Will das Ministerium danach ohne den extern angesiedelten Sachverstand agieren? roe